

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Die Tagungsteilnehmer an der Tagung alemannischer Dialektologen, die sich vom Mittwoch bis Samstag in unserem Land aufhielten, wurden auch auf Schloss Vaduz empfangen. Unser Bild zeigt I.D. Erbprinzessin Marie im Gespräch mit einigen der über hundert Wissenschaftler und Studenten, nachdem Schulamtsleiter Dr. Josef Wolf über die Eigenheiten des liechtensteinischen Dialektes berichtet hatte. (bs.)

## «Probleme der Dialektgeografie» im Mittelpunkt

Arbeitstagung alemannischer Dialektologen in Triesenberg

Die alle drei Jahre durchgeführte Arbeitstagung alemannischer Dialektologen fand dieses Jahr auf Anregung von Dr. Josef Wolf, dem Leiter des Schulamtes, in unserem Land statt. Mehr als hundert Sprachwissenschaftler aus der Schweiz, dem süddeutschen Raum, Österreich, dem Elsass, Luxemburg und dem flämischsprachigen Teil Belgiens trafen sich auf Triesenberg, um «Probleme der Dialektgeografie» zu erörtern. Die Tagung, die am Donnerstag begann, wird heute Samstag mit Exkursionen in unserem Land und im Städtchen Werdenberg zu Ende gehen.

Bereits die Eröffnung der Tagung bot ein breites Spektrum an verschiedenen Mundarten alemannischen Ursprungs. Der Konservator des Landesmuseums, Felix Marxer, der zusammen mit dem Schulamt die Organisation der Tagung übernommen hatte, begrüßte die Tagungsteilnehmer im Walsertal Triesenberg in breitem Unterländer Dialekt, während Regierungschef Hans Brunhart bei der Überbringung der Regierungsgüsse eine Kostprobe der Balzner Mundart gab. Felix Marxer erwähnte in seiner Begrüssung vor allem die Arbeit von Prof. Eugen Gabriel, der den Sprachatlas von Vorarlberg – unter Einschluss des Fürstentums Liechtenstein – bearbeitet, und von Dr. Hans Stricker, der sich mit der Herausgabe eines «Liechtensteiner Namenbuch» beschäftigt. Regierungschef Hans Brunhart wies in seiner Ansprache auf die Verschiedenartigkeit der Dialekte in unserem Land hin und äusserte sich auch über die zunehmende Gefährdung der Mundart durch Einflüsse von aussen.

Die alemannischen Dialektologen, die sich nun zu ihrer 8. Arbeitstagung in Triesenberg trafen, hielten ihre erste Zusammenkunft 1963 in Zürich ab. Treffpunkte der Wissenschaftler und Studenten waren bisher Freiburg i. Br., Strassburg, Tübingen, Bezaun, Augsburg und Fribourg. Die Teilnehmer haben dabei jeweils Gelegenheit, die aktuellen Probleme der alemannischen Mundartforschung kennenzulernen und sich über den Stand der verschiedenen Arbeitsprojekte zu informieren. Das Tagungsprogramm der diesjährigen Tagung stand unter dem Titel «Probleme der Dialektgeografie», wobei in zahlreichen Vorträgen auf die Abgrenzung der mundartlichen Ausdrücke hingewiesen wurde. Zwei Referate hatten auch einen Bezug zu unserem Land: Prof. Dr. Eugen Gabriel hielt sein Einführungsreferat, dem Tagungsort entsprechend, zum Thema «Die Mundart von Triesenberg und der Vorarlberger Walsertal». Walter Haas referierte über «Johann Siegmund Valentin Popowitsch vom Hochfürstlich Liechtensteinischen Kollegium zu Wien und die Anfänge der deutschen Wortgeografie». Ausserdem berichtete Prof. Gabriel über den Stand der Arbeiten am Vorarlberger Sprachatlas, der auch unser Land einschliesst, und Dr. Hans Stricker über das «Liechtensteiner Namenbuch».

Bendern und von Felix Marxer durch die Burg Schellenberg ergänzte das Programm. Dr. Hans Stricker schliesslich führte die Teilnehmer durch das Städtchen und das Schloss Werdenberg.

## Schweiz: Einheitlicher Herbstschulbeginn?

In der umstrittenen Frage der Vereinheitlichung des Schuljahresbeginns in der benachbarten Schweiz haben nun die Stimmberechtigten das letzte Wort. Nach dem Nationalrat stimmte am Donnerstag dieser Woche auch der Ständerat der Verankerung des Schuljahresbeginns zwischen Mitte August und Mitte September in der Bundesverfassung zu, wobei vor allem die Zürcher und Berner sowie Verfechter der föderalistischen Schulhoheit opponierten. Aufgrund der engen Verflechtungen im Schulbereich würde ein Ja in der Schweiz für den Herbstschuljahresbeginn auch seine Auswirkungen auf Liechtenstein haben.

In der Schweiz besteht zurzeit in der Frage des Schuljahresbeginns eine Patt-Situation: Obwohl sich die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) bereits 1967 einstimmig auf eine Koordination des Schuljahresbeginns im Herbst geeinigt hatte, haben zur Zeit 13 Kantone – vor allem die West- und die Inner-schweiz – den Schuljahresbeginn im Spätsommer, während die anderen 13 – darunter die «Grossen», Bern und Zürich – beim Beginn im Frühjahr blieben oder wieder dazu zurückkehrten.

## Bald freiwilliges 10. Schuljahr

Übergangslösung für Real- und Oberschüler in Form eines Werk- bzw. Haushaltjahres

(pafl) – Die Regierung erteilte dem Schulamt den Auftrag, die detaillierte Planung und Vorarbeit für die Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres im Sinne eines Werk- bzw. Haushaltjahres für Real- und Oberschüler im Frühjahr 1986 voranzutreiben. Absolventen der Realschule, der Oberschule und der Hilfsschul-Oberstufe soll damit die Möglichkeit geboten werden, nach Beendigung der Schulpflicht ein Übergangsjahr einzuschleppen, bevor sie in die Berufsausbildung einsteigen.

ches Übergangsjahr gab es bisher lediglich die Möglichkeit eines Sprachaufenthaltes im Ausland. Auch wurde nun vermehrt der Wunsch laut, ein freiwilliges 10. Schuljahr im Land absolvieren zu können. Das Angebot der Berufsvorbereitenden Schule an der Realschule St. Elisabeth entspricht diesen Bedürfnissen nicht im ganzen Spektrum; die Berufsvorbereitende Schule hat nämlich die Aufgabe, Realschüler auf die Berufsausbildung im medizinischen, sozialen und pädagogischen Bereich vorzubereiten und ein sich aus diesen Berufszielen ergebendes Zwischenjahr sinnvoll einzusetzen.

Das vorgesehene Werkjahr bzw. Haushaltjahr soll nicht eine Fortsetzung der Oberschule oder der Realschule sein, sondern es soll in allen Belangen die Konturen eines Berufsgrundschuljahres als Übergang zwischen Schule und Beruf haben.

Angesprochen werden sollen insbesondere praktisch begabte Realschüler, Oberschüler und Absolventen der Hilfsschul-Oberstufe. In der benachbarten Schweiz sind solche Werkjahre bereits an verschiedenen Orten eröffnet worden.

Im Zusammenhang mit der Einführung dieses Werkjahres soll die weitere Zukunft der bestehenden Berufsvorbereitenden Schule (freiwilliges 10. Schuljahr an der Realschule St. Elisabeth) konzeptionell überdacht und deren Zielsetzungen mit dem Werkjahr abgestimmt werden.

Im Übergangsbereich zwischen Pflichtschule einerseits und Berufs- und Arbeitswelt ergeben sich einige Problemkreise. Es sind verschiedene Faktoren vorhanden, die einen sofortigen Einstieg in die Berufsausbildung erschweren. Zu berücksichtigen ist auch die zunehmende Anzahl von Jugendlichen, die im ersten Lehrjahr scheitern. Für einige Schüler stellt dieses Werkjahr zudem ein sinnvolles Wartejahr dar, wenn z.B. die gewünschte Lehrstelle nicht zur Verfügung steht. Diese Neuverteilung würde auch den Mädchen der Oberschule und der Hilfsschul-Oberstufe zugute kommen, für die nur ein begrenztes Ausbildungsangebot besteht.

### Ein Berufsgrundschuljahr

Die Frage der Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres ist schon seit Jahren Gegenstand von Beratungen der zuständigen Behörden, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den Anliegen stellungsbereitender Jugendlicher. Für ein sol-

## Energiepolitische Entscheidungen in der Schweiz

Die schweizerischen Stimmbürger sind aufgerufen, über zwei Volksinitiativen zu befinden

Die Stimmbürger der Schweiz sind dieses Wochenende aufgerufen, um über zwei Volksinitiativen zu befinden. Mit der Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» soll der Bau von weiteren Kernkraftwerken verhindert und auf absehbare Zeit der Bestand der heute laufenden Atomkraftwerke stillgelegt werden. Mit der zweiten Initiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» möchten die Initianten einerseits neue Technologien zur Verminderung des Energiebedarfs fördern und andererseits eine zweckgebundene Energiesteuer zur Förderung von Energiesparmassnahmen einführen. Der schweizerische Bundesrat hat beide Initiativen, die auch ihre Auswirkungen auf unser Land hätten, zur Ablehnung empfohlen.

In seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte hätte der Bundesrat ausge-

führt, die Annahme der Atom-Initiative hätte wegen des Verbots weiterer Kernkraftwerke nach Leibstadt und des Ersatzes der bestehenden Kernkraftwerke eine wesentliche Einschränkung der Entscheidungsfreiheit und der Flexibilität der Energiepolitik sowie bedeutende Risiken für die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung zur Folge, weshalb er den Antrag auf Verwerfung stelle.

### Keine weiteren Atomkraftwerke?

Die Initianten fordern die Ergänzung der Bundesverfassung mit folgendem Wortlaut:

- In der Schweiz dürfen keine weiteren Atomkraftwerke mehr neu in Betrieb genommen werden.
- Die bereits bestehenden Atomkraftwerke dürfen nicht mehr ersetzt werden. Fristen und nähere Bestimmungen für die nukleare Ausserbetriebnahme regelt das

Gesetz. Frühere Stilllegungen aus Gründen der Sicherheit von Mensch und Umwelt bleiben vorbehalten.

- Bau und Betrieb industrieller Atom-anlagen zur Gewinnung, Anreicherung und Wiederaufbereitung von atomarem

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Nebenbei

Die Regierung hat die Gebührensätze für die Erledigung von Verwaltungssachen durch die Fremdenpolizei mit Verordnung neu festgesetzt. Bei der Bemessung der Gebühren wurde vom «effektiven Arbeitsaufwand beziehungsweise vom Grundsatz ausgegangen, dass die Gebühren kostendeckend sein sollen». Neben der Anpassung der Gebühren an die seit 1974 eingetretene Teuerung ist auch die Reihenfolge der Gebührenarten in der Verordnung geändert und neu aufgrund des logischen Arbeitsablaufes festgelegt worden (Einreise, Anmeldung usw.).

Die Gebührenerhöhung sei dahingestellt, doch wäre es nicht ein Gebot der Stunde, im Zuge dieser Tarifanpassung auch den «Dienst am Kunden» zu vereinfachen. Vielen FRE-PO-Kunden klingt die Frage der Dame hinter dem Schalter noch hell in den Ohren: «Sollen wir Ihnen die Papiere – per Nachnahme – nach Hause schicken oder holen Sie diese bei uns ab?» Wohl den meisten wäre mehr gedient, wenn die Angelegenheit unbürokratischer – das heisst sofort am Schalter – erledigt werden könnte. Eine Anregung übrigens, die andere Ämter gleichfalls berücksichtigen könnten...

## Erhöhte Gebühren bei der Fremdenpolizei

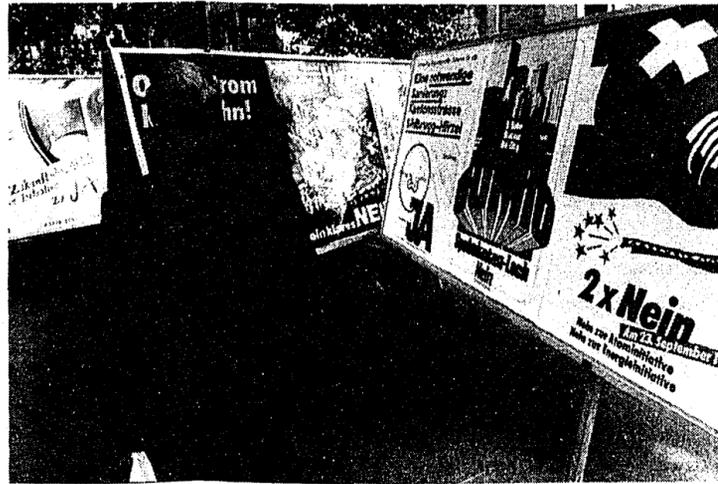
(pafl) – Die Regierung setzte in der Sitzung vom Dienstag dieser Woche die Gebührensätze für die Erledigung von Verwaltungssachen durch die Fremdenpolizei mit Verordnung neu fest. Bei der Bemessung der Gebühren wurde vom effektiven Arbeitsaufwand beziehungsweise vom Grundsatz ausgegangen, dass die Gebühren kostendeckend sein sollen.

Die Verordnung tritt am Tag der Kundmachung in Kraft und ersetzt die Verordnung vom 14. Mai über die Erhebung von Gebühren der Fremdenpolizei (LGBI. 1974 Nr. 31).

Neben der Anpassung der Gebühren an die seit 1974 eingetretene Teuerung ist die Reihenfolge der Gebührenarten in der Verordnung geändert und neu aufgrund des logischen Arbeitsablaufes festgelegt worden (Einreise, Anmeldung, Regelung der fremdenpolizeilichen Bewilligung, Mutationen, Massnahmen).

## Aktion «Bitte Motor abstellen»

Die Regierung erteilte in der Sitzung vom Dienstag dieser Woche der Aktion «Bitte Motor abstellen» ihre Zustimmung und bewilligte für die Anschaffung von 5000 Werbeklebern einen Kredit von 2000 Franken. Die Hinweistafeln «Bitte Motor abstellen» sind von zwei Schulklassen, die sich mit dem Thema Umweltschutz auseinandergesetzt haben, gemalt worden und sollen an Bahnübergängen, an Lichtsignalanlagen und bei Strassenbaustellen aufgestellt werden. Im Rahmen dieser Plakataktion wird auch ein Werbekleber herausgegeben mit der Aufschrift: «Luft schonen – Benzin sparen – darum bei jedem Halt bitte Motor abstellen – unnötiges Gasgeben vermeiden.»



Abstimmungswochenende in der Schweiz: Die Stimmbürger sind aufgerufen, über zwei Volksinitiativen zu entscheiden: Einerseits über die Initiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke», andererseits über die Initiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung». Der Bundesrat hat beide Vorlagen zur Ablehnung empfohlen.